

# »» Materialien zur Entwicklungsfinanzierung



Nr. 9, 23. Mai 2017

## Flüchtlinge unterstützen, Aufnahmeregionen stabilisieren und Fluchtursachen entgegenwirken Die Antwort der KfW Entwicklungsbank auf die Flüchtlingskrise

Autor: Dr. Léonie Jana Wagner  
Redaktion: Samiera Toma

**Weltweit sind derzeit ca. 66 Mio. Menschen auf der Flucht – der höchste Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Die meisten von ihnen bleiben in der Nähe ihrer Heimatregion. Entsprechend sind es vor allem Entwicklungsländer, die mit der Bewältigung dieses Phänomens konfrontiert sind: Sie beherbergen 86 % der internationalen Flüchtlinge; rund zwei Drittel der Menschen auf der Flucht sind Binnenvertriebene innerhalb ihres Heimatlandes. Als Antwort auf diese Herausforderung finanziert die KfW Entwicklungsbank im Auftrag der Bundesregierung Infrastruktur und Basisdienstleistungen für Flüchtlinge und die aufnehmenden Gemeinden. Zudem unterstützt sie die Reintegration von Flüchtlingen und die Bearbeitung von Fluchtursachen.**

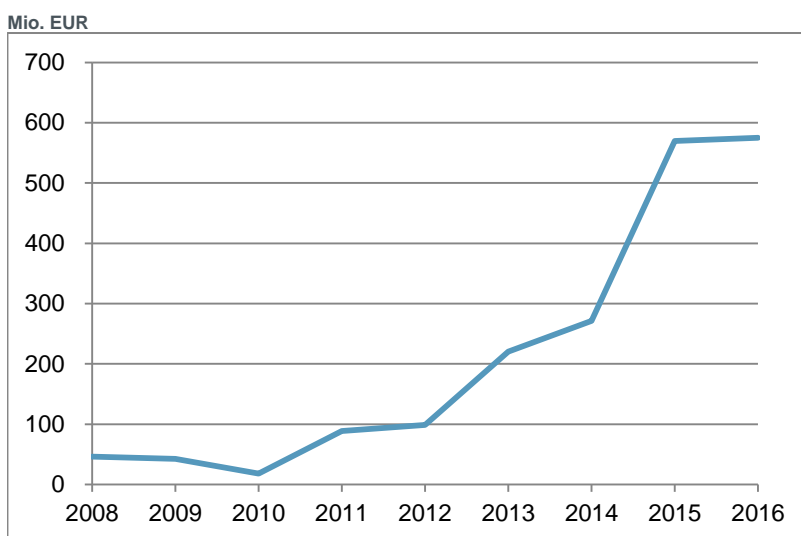
**Steigende Hilfe: 2,1 Mrd. EUR für fluchtbezogene Vorhaben**

Vor dem Hintergrund der wachsenden

Flüchtlingszahlen sind in der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) die Mittelzusagen der Bundesregierung für Vorhaben mit Flüchtlingsbezug deutlich gestiegen (siehe Grafik). Aktuell werden 95 Vorhaben in 26 Ländern mit einem Gesamtvolumen von etwa

2,1 Mrd. EUR finanziert, die Binnen- oder internationale Flüchtlinge oder akut fluchtgefährdete Menschen als Zielgruppe haben. 575 Mio. EUR davon sind Neuzusagen, die allein im Jahr 2016 getätigt wurden.

### FZ-Zusagen mit Flüchtlingsbezug, 2008 – 2016



Quelle: Eigene Darstellung

### Bedarfsgerechte Mittelverteilung: Krisenregionen im Fokus

Die von der Bundesregierung für die FZ bereit gestellten Gelder werden dort eingesetzt, wo der Unterstützungsbedarf für Flüchtlinge und die aufnehmenden Gemeinden aktuell am größten ist: Ca. 60 % gehen in den Nahen und Mittleren Osten, insbesondere nach Syrien und in die Nachbarländer Libanon, Jordanien und den Irak. Ein Fünftel der Mittel kommt Flüchtlingen in den Krisenregionen am Horn von Afrika bzw. Ostafrikas (v. a. Südsudan, Äthiopien, Kenia, DR Kongo) zu Gute. Darüber hinaus fördert die KfW Flüchtlingsvorhaben in Westafrika (u. a. Zentralafrikanische Republik, Liberia), Asien (u. a. Afghanistan und Pakistan), Europa (Ukraine, Türkei) und Lateinamerika (Kolumbien).

#### »» Stärkung der Rechte und Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Sudan



Das Vorhaben soll den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu formalen Bildungsangeboten in aufnehmenden Gemeinden verbessern sowie die Rechte und den Schutz von vulnerablen Kindern und Jugendlichen, insbesondere mit Migrationshintergrund, stärken. Das Vorhaben wird in Kooperation mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) umgesetzt und besteht aus drei integrierten Komponenten: 1) Verbesserung des Zugangs zu sozialen Grunddienstleistungen durch den Bau von Infrastruktur, 2) Erhöhung des Qualitätsstandards angebotener Dienstleistungen durch Trainings sowie 3) Stärkung des projektspezifischen Wissensmanagements (u.a. Entwicklung von Trainingsmaterial für Kinder, um Verschleppung, Entführungen sowie Menschenhandel zu vermeiden).

### Not lindern: Schnelle Sicherung der Grundversorgung

In akuten Krisensituationen zielen die von der KfW unterstützten Vorhaben vor allem darauf ab, die Lebensbe-

dingungen der Flüchtlinge durch Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung von sozialer Grundversorgung (insbesondere Nahrungsmittelhilfe, Trinkwasser, Basisgesundheits und Grundbildung) schnell und wirksam zu verbessern. Darüber hinaus geht es oft auch um den arbeitsintensiven, einkommenschaffenden Wiederaufbau von Basisinfrastruktur. Hierüber sollen die Lebensbedingungen vor Ort erträglicher gestaltet, Einkommen und Beschäftigung geschaffen und den Menschen damit eine Bleibeperspektive eröffnet werden.

Ein Beispiel für das KfW-Engagement in einer akuten Krisensituation ist der „Syria Recovery Trust Fund“ (siehe Box). Ein ähnlicher Ansatz wird mit dem „Friedensfonds“ in der DR Kongo verfolgt: Finanziert wird mit einem Fokus auf den Osten des Landes die Rehabilitation von sozialen und wirtschaftlichen Basisinfrastrukturen sowie Agrarprojekte (u. a. Schulen, Gesundheitsstationen, ländliche Wege, Brücken, Märkte, Wasserversorgungseinrichtungen, landwirtschaftliche Bewässerungsanlagen).

Für die beschäftigungsintensive Umsetzung der Projekte durch Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) werden vorrangig Arbeitskräfte vor Ort eingestellt, darunter auch intern Vertriebene und Flüchtlinge sowie Ex-Kombattanten. Dies schafft Einkommen und bietet eine Zukunft jenseits der Gewalt.

Da staatliche Strukturen in akuten Krisen oft nicht oder nur eingeschränkt handlungsfähig sind, kooperiert die KfW häufig mit alternativen Umsetzungspartnern. Ein wichtiger Partner im Kontext von Flüchtlingskrisen sind UN-Organisationen, die vor Ort meist über eine gute Infrastruktur verfügen und daher schnell wirksame Maßnahmen umsetzen können. Die KfW unterstützt die UN-Organisationen bei der Konzeption der Vorhaben (u. a. durch Einbeziehung ihrer Technischen Sachverständigen), sorgt für eine unabhängige Überprüfung von Leistungen und Wirkungen und gewährleistet die Sichtbarkeit der deutschen Beiträge.

Beispiele für die erfolgreiche Kooperation mit UN-Organisationen sind

u. a. Vorhaben zur Förderung von Bildung und Kinderschutz im Irak (UNICEF), die Verbesserung des Zugangs von Binnenflüchtlingen zu einkommenschaffenden Maßnahmen im Irak (UNDP) und multi-sektorale Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Unterstützung von Flüchtlingen in Äthiopien, Sudan und Uganda (UNHCR).

#### »» Syria Recovery Trust Fund (SRTF)



Der SRTF zielt darauf ab, in den von der moderaten syrischen Opposition kontrollierten Gebieten in Syrien über Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen eine Grundversorgung mit Basisdienstleistungen sicherzustellen (v. a. Gesundheit, Wasser, Energie, Nahrungsmittelversorgung). Damit soll die Situation vor Ort stabilisiert bzw. der akut fluchtgefährdeten Bevölkerung Zukunftsperspektiven im eigenen Land geboten werden. Am SRTF sind inzwischen zwölf Geberländer beteiligt, die zusammen 171 Mio. EUR beitragen.

Darüber hinaus arbeitet die KfW in diesem Kontext häufig eng mit lokalen und internationalen NRO zusammen. Diese genießen aufgrund ihrer meist langzeitigen Präsenz vor Ort das Vertrauen der lokalen Bevölkerung und haben etablierte Strukturen aufgebaut, über die sie auch kleinteilige Maßnahmen für Flüchtlinge schnell und effizient umsetzen können. So werden beispielsweise im Südsudan in Kooperation mit der französischen NRO ACTED Infrastrukturmaßnahmen zur Stärkung der Lebensgrundlagen in Gebieten mit vielen Binnenvertriebenen durchgeführt. Und im Libanon geht es in Kooperation mit den NRO International Rescue Committee und Norwegian Refugee Council darum, die Lebensbedingungen der syrischen Flüchtlinge und wirtschaftlich schwachen Mitglieder der aufnehmenden Gemeinden spürbar zu verbessern, indem u. a. sicherer und angemessener Wohnraum geschaffen und die kommunale Infra-

struktur ausgebaut wird.

### Partner stärken: Unterstützung der aufnehmenden Gemeinden

Flüchtlingskrisen sind erfahrungsgemäß langwierig – durchschnittlich vergehen 17 Jahre, bis die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können. Daher gilt es Lösungen zu entwickeln, die kurzfristige Hilfsmaßnahmen effektiv mit längerfristigen und strukturbildenden Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit verknüpfen.

#### »» Trinkwasser- und Stromversorgung für Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden in Jordanien



Die KfW finanziert im Auftrag der Bundesregierung derzeit verschiedene Maßnahmen in Jordanien, dessen ohnehin kritische Wasser- und Stromsituation durch den hohen Bevölkerungszuwachs – v.a. Flüchtlinge aus Syrien, aber auch Menschen aus dem Irak und den palästinensischen Gebieten – zusätzlich verschärft wurde. Hierzu zählen die Rehabilitierung von alten Tiefbrunnen, der Transport des zusätzlichen Frischwassers in Städte mit besonders hohem Flüchtlingsaufkommen und die Verteilung innerhalb dieser Aufnahmegemeinden. Zudem finanziert die KfW in den Aufnahmegemeinden die Erweiterung von Abwassersystemen und Kläranlagen. Um Wasserverluste zu verringern, engagiert sich die KfW in verschiedenen Regierungsbezirken bei der Rehabilitierung maroder Wasserleitungen, dem Austausch defekter Hausanschlüsse und Wasserzähler sowie der Stärkung des Betreibermanagements. Im Flüchtlingscamp Zaatari im Norden des Landes, in dem derzeit rund 85.000 Menschen leben, wird eine Photovoltaik-Anlage mit mind. 10 MW-Leistung und geringen Betriebskosten gebaut. Dadurch wird die Belastung des Stromversorgungsnetzes in der Region insgesamt reduziert, so dass auch die aufnehmende jordanische Bevölkerung profitiert.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Unterstützung der aufnehmenden Gemeinden, deren Versorgungsinfrastruktur durch die hohe Zahl an Flüchtlingen oftmals sehr stark belastet wird. Die unmittelbare Folge sind überlastete Wasser-,

Sanitär- und Energieversorgungssysteme, überfüllte Schulen und Gesundheitsstationen sowie knapper Wohnraum und steigende Mieten. Um die Aufnahmebereitschaft in den Gemeinden zu sichern und Konflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und den Flüchtlingen zu verhindern, müssen die Kapazitäten der lokalen Versorgungsinfrastruktur schnell auf das erforderliche Maß erweitert werden.

Die KfW finanziert daher im Auftrag und mit Mitteln der Bundesregierung soziale und wirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen in diesen Gemeinden, insbesondere in den besonders stark betroffenen Nachbarländern Syriens. Dabei wird – wenn möglich – mit staatlichen Umsetzungspartnern zusammengearbeitet, um diese in die Lage zu versetzen, die aufgebaute Versorgungsinfrastruktur auch selbst dauerhaft zu betreiben.

In der Ukraine arbeitet die KfW z. B. mit dem Ukrainischen Sozialinvestitionsfonds zusammen und unterstützt diesen beim Umbau geeigneter Gebäude in Flüchtlingsunterkünfte. Zudem werden in den Gemeinden soziale Einrichtungen instand gesetzt, die sowohl Flüchtlingen als auch der lokalen Bevölkerung zugutekommen. Ferner werden in Kiew dringend benötigte, zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen. All dies mindert das Konfliktpotential zwischen Flüchtlingen und Einheimischen.

#### Rückkehr fördern: Investitionen in den Herkunftsregionen

Die KfW unterstützt auch die freiwillige Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen, sobald die Sicherheitslage in den Herkunftsregionen dies zulässt. Die Reintegration ist eine enorme Herausforderung, da die oft traumatisierten Flüchtlinge meist in zerstörte Regionen zurückkehren und dort zunächst kaum wirtschaftliche Perspektiven vorfinden.

Für eine erfolgreiche Reintegration von Flüchtlingen sind sowohl Anreize für die Rückkehr als auch verbesserte Lebensbedingungen in den Heimatländern erforderlich. Auch hier müssen Wirtschaftskreisläufe oft durch einkommens- und beschäftigungs-

schaftende Maßnahmen erstmal wieder in Gang gesetzt werden. Diesen Ansatz verfolgt z. B. ein FZ-Vorhaben zur Rückkehr und Reintegration afghanischer Flüchtlinge in Pakistan (siehe Box). Ähnliche Maßnahmen zur Reintegration von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen finanziert die KfW in der DR Kongo und in Liberia.

#### »» Rückkehr und Reintegration afghanischer Flüchtlinge



Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur freiwilligen Rückkehr afghanischer Flüchtlinge aus Pakistan, indem es deren Motivation zur Rückkehr stärkt und ihre Reintegration in Afghanistan unterstützt. Zur Vorbereitung auf eine dauerhafte Rückkehr nach Afghanistan erhalten die Flüchtlinge in Pakistan Zugang zu Rechtsberatung, Berufsbildung und Gesundheitsversorgung. Bereits zurückgekehrte Flüchtlinge in Afghanistan werden durch die Schaffung von Wohnraum und dazugehöriger kommunaler Infrastruktur sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen unterstützt.

#### Fluchtursachen entgegenwirken: Prävention und Resilienz als übergeordnete Ziele

Einige der aktuellen Konflikt- und Fluchtursachen sind politischer Natur (z. B. staatliche Repression, Diskriminierung und Verfolgung, schwere Menschenrechtsverletzungen). Aber auch Naturkatastrophen und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit können Menschen dazu bringen, ihre Heimat zu verlassen. Viele von der KfW unterstützte Vorhaben wirken den Flucht- und Migrationsursachen entgegen, in dem sie auf den Abbau von Armut und Ungleichheit zielen (z. B. einkommensschaffende Maßnahmen, Entwicklung sozialer Sicherungssysteme), Good Governance und Transparenz fördern (z. B. Dezentralisierungsvorhaben) und Widerstandsfähigkeit (Resilienz) gegenüber Krisen aller Art stärken (z. B. Katastrophenvorsorge, Versicherungsansätze).

Ein Beispiel für einen solchen Ansatz sind Maßnahmen zur Stärkung der Dürre-resilienz. Ausgangspunkt war die Dürre am Horn von Afrika im Jahr 2011, von der insgesamt 13 Mio. Menschen betroffen waren. Im Auftrag der Bundesregierung finanzierte die KfW zunächst sieben Nahrungsmittelhilfeprogramme, die mit Unterstützung des Welternährungsprogramms in fünf Ländern (Kenia, Äthiopien, Dschibuti, Uganda, Jemen) umgesetzt wurden. Von dieser kurzfristigen Hilfe profitierten 8,5 Mio. Menschen. Da es sich bei den Dürren am Horn von Afrika um ein wiederkehrendes Phänomen handelt, wurde auch ein längerfristiger Ansatz zur Stärkung der Dürre-resilienz entwickelt (siehe Box). Dieser soll auf der Grundlage einer verbesserten Nutzung der natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser etc.) die Ernährungssicherheit von gefährdeten Gruppen erhöhen und damit letztlich verhindern, dass Menschen durch Ressourcenknappheit gezwungen werden ihre Heimat zu verlassen.

der längerfristigen Bearbeitung von Flucht- bzw. Migrationsursachen verfügt die KfW Entwicklungsbank somit über erprobte Ansätze, um bedarfsgerechter Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen zu fördern.

#### »»» Regionalfonds zur Stärkung der Dürre-resilienz am Horn von Afrika



Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur Stärkung der Dürre-resilienz der von Viehzucht lebenden Bevölkerung in den Grenzregionen im Nordosten und Süden Äthiopiens. Umgesetzt werden partizipativ ausgewählte Maßnahmen in den Bereichen Wasserversorgung und ländliche Infrastruktur, Vieh- und Weidewirtschaft sowie alternative Einkommensmöglichkeiten und Basisdienstleistungen. Dadurch wird das Produktionssystem der lokalen Bevölkerung gestärkt und ihre Einkommensbasis diversifiziert. Ähnliche Maßnahmen sind in Dschibuti, Kenia, Uganda und Somalia vorgesehen.

Von der kurzfristigen Unterstützung in Notsituationen und für akut fluchgefährdete Menschen, der Unterstützung für Geflüchtete und ihre aufnehmenden Gemeinden bis hin zur Reintegration von Rückkehrern und



#### Fotos

S. 01: KfW-Bildarchiv / ausloeser-photographie  
S. 02-04: KfW-Bildarchiv / photothek.net



#### Kontakt

KfW Bankengruppe  
Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank  
Palmengartenstraße 5-9  
60325 Frankfurt am Main  
Telefon 069 7431 -0  
Telefax 069 7431 -2944  
[info@kfw-entwicklungsbank.de](mailto:info@kfw-entwicklungsbank.de)  
[www.kfw.de](http://www.kfw.de)